Mediendienst

Stuttgart, 21. Juli 2021

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Weinmann: Auch in Baden-Württemberg besteht Handlungsbedarf im Bevölkerungsschutz

Ergänzende Warnungen per SMS an alle Mobilfunknutzer sind sinnvoll.

Zu der aktuellen Debatte zur Hochwasser-Katastrophe erklärt der Sprecher für Bevölkerungsschutz der FDP/DVP Fraktion **Nico Weinmann**:

„Bei dieser Naturkatastrophe starben in Deutschland so viele Menschen wie nie in den vergangenen 60 Jahren. Heute trauern auch wir im Landtag um die Opfer und sprechen ihren Angehörigen unser tiefstes Beileid und Mitgefühl aus. Gleichzeitig war die Welle der Hilfsbereitschaft und der Solidarität aus der Bevölkerung überwältigend und den Einsatzkräften gebührt unser großer Dank. Die Politik darf die Katastrophe nicht instrumentalisieren, genauso wenig, wie die Politik nicht zur Tagesordnung übergehen kann. Fehler müssen analysiert werden und Verantwortlichkeiten klar benannt werden. Nur so können in Zukunft solche Tragödien vermieden werden.

Nach und nach zeigt sich, dass die Fehlerkette bereits mehrere Tage vor dem Sturzregen begann. Entsprechenden Warnungen der Meteorologen und der Katastrophenschützer wurde nur halbherzig nachgegangen. Die Bevölkerung wurde sowohl über das drohende Ausmaß der Fluten, als auch über das richtige Verhalten in solchen Situationen im Unklaren gelassen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sollte künftig eine Zentralstellenfunktion übernehmen.

Handlungsbedarf besteht auch in Baden-Württemberg. Die Landesregierung muss dafür zunächst genau prüfen, ob Fehler, die die Behörden in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen möglicherweise begangenen haben, sich genauso hätten bei uns ereignen können. Defizite bestehen beim Frühwarnsystem. Digitale Apps wie NINA oder MoWaS haben großes Potenzial, aber eben auch noch viele Mängel. Auch nutzen bislang nur rund 10 Prozent entsprechende Apps. Daher sollten ergänzende Warnungen an alle Mobiltelefone in betroffenen Gebieten per SMS, wie es in Japan vor Erdbeben erfolgt, ergänzend verschickt werden. Die Stadtentwicklungspolitik muss berücksichtigen, dass infolge des Klimawandels solche extremen Naturereignisse weiter zunehmen werden. Wir brauchen daher leistungsfähigere Abwassersysteme, Überflutungsflächen aber auch die Förderung moderner Projekt wie etwa von sogenannten Schwammstädten mit vielen kleinen Speicherräumen für Regenwasser. Und nicht zuletzt bedarf es der Stärkung der größtenteils ehrenamtlichen Struktur im Bevölkerungsschutz, indem

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de

etwa die Ausübung eines Ehrenamtes neben dem Beruf als Anreiz gerade auch für junge Menschen gefördert wird.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de